



der Freitag Extra

Stadt und Migration

Sehr geehrte Leser*innen, Wussten Sie, dass etwa zehn Millionen Menschen in Deutschland nicht wählen dürfen, obwohl sie volljährig sind und hierzulande einen festen Wohnsitz haben? Nicht einmal an Kommunalwahlen oder Bürgerentscheiden dürfen unsere Nachbar*innen teilnehmen, wenn sie den „falschen“ Pass haben. Dass viele Migrant*innen keinen Zugang zu notwendiger Gesundheitsversorgung haben? Und dass viele Kinder nicht ohne Angst vor Abschiebung zur Schule gehen können?

Überall in Europa engagieren sich Initiativen jeden Tag gegen den Ausschluss von Migrant*innen. Ihr Einsatz geht angesichts des vorherrschenden Diskurses um „die Überlastung der Kommunen“ allerdings oft unter. Und klar – man muss sich die Sache nicht schönreden. Die Rechten haben Oberwasser. Nichtsdestotrotz: Über 700 europäische Städte setzen sich aktuell für eine solidarische Migrationspolitik ein, wie das Projekt Moving Cities recherchiert hat.

Recht auf Stadt

In unserer Freitag Extra Ausgabe möchten wir Ihnen eine Reihe von Initiativen vorstellen, die sich für Vielfalt und Teilhabe in Städten und Nachbarschaften einsetzen. Fünf Bereiche nehmen wir in den Blick: Gesundheit, Wohnen, Arbeit, Bildung und Partizipation. Die Menschen und Projekte, deren Visionen wir Ihnen ans Herz legen wollen, verfolgen dabei ganz unterschiedliche Strategien: von der Graswurzelkampagne über politische Lobbyarbeit bis zum Engagement in formalpolitischen Gremien wie den Integrationsbeiräten. Was sie gemeinsam haben, ist ein inklusives Verständnis von lokaler Demokratie. Alle Menschen, die an einem Ort zusammenleben, sollen dort auch die gleichen Rechte und Pflichten haben. In der Stadtforschung wird das als „Urban Citizenship“ bezeichnet, als „Stadtbürger*innenschaft“. Denn die Stadtgesellschaft definiert sich nicht über Nationalität, sondern über den gelebten Alltag und dessen ständige Aushandlung: am Arbeitsplatz, im Sportverein, in der Schule, beim Schwitzen in der viel zu vollen U-Bahn, auf der Demo und im Freibad.

Insbesondere betrifft das Menschen, die sich ohne regulären Aufenthaltsstatus in Deutschland aufhalten und daher von fast allen Rechten ausgeschlossen bleiben. Allein in Berlin leben derzeit über 50.000 sogenannte Sans Papiers. Mit der aktuellen (Konter-)Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) dürfte diese Zahl noch einmal steigen, denn viele Geflüchtete werden angesichts der drastischen Verschärfung des Asylrechts in die aufenthaltsrechtliche Illegalität gedrängt. Diese Problematik steht im Mittelpunkt vieler Beiträge unserer Ausgabe. Doch auch Migrant*innen, die seit Jahrzehnten völlig legal in Deutschland leben, sind von drastischen Ausschlüssen betroffen, wie unsere Autor*innen zeigen.

Dem etwas entgegenzusetzen, ist vor allem auch eine Frage von Umverteilungspolitik, denn neoliberales Sparen schafft die Bedingungen für rechte Mobilisierungen. Besonders deutlich wird das in der Wohnungspolitik. Die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt führt bei vielen Menschen zu existenziellen Ängsten. Hier knüpfen Rechtspopulist*innen direkt an. Anstatt Wohnungsmarktpolitik als sozialpolitische Herausforderung mit einem universalistischen Anspruch zu adressieren, schüren rechte Politiker*innen das Konkurrenzdenken und hetzen gegen sozial benachteiligte Gruppen. Eine Politik der Stadtbürger*innenschaft, die diese Spaltungen überwinden will, braucht deswegen vor allem: eine gerechte und solidarische Stadt!

Diese Freitag Extra Ausgabe wurde von Studierenden der Humboldt-Universität zu Berlin entwickelt. Alle Beiträge wurden von Studierenden im Masterstudiengang Sozialwissenschaften verfasst und sind Ergebnis eines einjährigen Projektkurses zum Thema „Urban Citizenship“. Gestaltet wurde die Ausgabe von Studierenden der Fachhochschule Potsdam. Die Ausgabe kann kostenlos als PDF über die Webseite des Lehrbereichs Stadt- und Regionalsoziologie der HU Berlin heruntergeladen werden. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, die an dem Projekt mitgewirkt und die Kooperation mit dem Freitag möglich gemacht haben. Im Namen der Redaktion wünscht Ihnen eine anregende Lektüre:

Ihr Henrik Lebuhn

Vielfalt braucht Teilhabe und ein Recht auf Stadt! Der Weg dorthin...

Ein Beitrag von
Maria Ebenhöf & Niklas Kohl



„...erfordert, auch unser **Gesundheitswesen** daran auszurichten, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben. Hier gilt es diverse Hürden abzubauen: Patient*innen, die kein Deutsch sprechen, benötigen eine qualifizierte Sprachmittlung, wenn sie zur Ärztin gehen. Menschen ohne Papiere müssen ohne Angst vor Abschiebung gesundheitliche Versorgung in Anspruch nehmen können. Leistungseinschränkungen und bürokratische Sondersysteme für asylsuchende Menschen sind abzusuchen. Stattdessen braucht es starke Primärversorgungsstrukturen, in denen gesundheitliche Versorgung gemeinsam in multiprofessionellen Teams, rassismus- und diskriminierungssensibel und mit einem Blick über den rein medizinischen Tellerrand hinaus gestaltet wird.“

Maïke Grube, Referentin für gesundheitliche Versorgung bei der Diakonie Deutschland

„... sind starke **Nachbarschaften** und mündige Mieter*innen. Die meisten Menschen wissen sehr gut, was ihre Nachbarschaft braucht. Wenn sie durch die ansässigen Wohnungsunternehmen und Kommunen in Entscheidungen einbezogen werden, was beispielsweise die Ansiedlung von Gewerbe oder sozialer Infrastruktur betrifft, können Kieze viel lebenswerter werden. Menschen wollen erleben, dass ihre Stimme gehört wird und ihre Erfahrungen in die Gestaltung der Kieze einbezogen werden. Das kann durch Mieter*innen- oder Nachbarschaftsräte erfolgen, die echte Entscheidungen treffen können.“

Dr. Ulrike Hamann-Onnertz, Geschäftsführerin des Berliner Mietervereins



FOTO: BERLINER MIETERVEREIN



„... führt auch über den gleichberechtigten Zugang zu sicheren, gut entlohnten und diskriminierungsfreien **Arbeitsverhältnissen**. Lohnarbeit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, aber viel zu häufig finden sich Menschen mit Migrationsgeschichte in prekären und schlecht entlohnten Jobs. So wird Ausgrenzung und Randständigkeit festgeschrieben und nicht aufgebrochen. Gewerkschaftsnahe Beratung für Arbeitsmigrant*innen, verschärfte Kontrollen in Bereichen mit hoher Arbeitsausbeutung, eine starke gewerkschaftliche Vertretung in den Betrieben und die Anerkennung vorhandener Qualifikationen sind wichtige Voraussetzungen für eine positive Veränderung.“

Gerd Wiegel, Referatsleiter für Demokratie, Migrations- und Antirassismuspolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund

„... beginnt mit einem Schulplatz für jedes Kind, unabhängig von der Herkunft. Das Grundrecht auf **Bildung** umfasst ALLE Kinder in Deutschland! Der Kampf gegen institutionellen Rassismus beginnt schon an dieser Stelle – und zwar in jeder Stadt. Inklusive Bildung bedeutet konkret, dass an jeder Schule Vorbereitungsklassen für Kinder mit Flucht- und Migrationsgeschichte vorhanden sind, dass Lehrkräfte aus dem Ausland schnell und ohne bürokratische Hürden an den Schulen eingesetzt werden, dass alle Lehrkräfte an Schulen in der Lage sind, Deutsch als Fremdsprache zu unterrichten, und dass das Schulgesetz so geändert wird, dass wirksame Rassismusschutzkonzepte an allen Schulen verpflichtend sind. Zugewanderte Kinder dürfen nicht Sündenböcke für ein schlecht ausgestattetes Bildungssystem sein.“

Olga Sperling, Geschäftsführerin des Ausländerrats Dresden



FOTO: NATALIYA SCHMIDT



FOTO: NAJIMA EL HADOUCHI

„... führt über **politische Teilhabe** und aktive Beteiligung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Leider sind Migrant*innen in Parlamenten, Aufsichtsräten, Vorständen und anderen Gremien nach wie vor stark unterrepräsentiert. Wenn sie nicht in Ziel- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden und nicht am Tisch sitzen, bleiben ihre Bedürfnisse, Anliegen und Themen oft ungehört, und andere treffen Entscheidungen in ihrem Namen. Besonders deutlich zeigt sich dies derzeit bei den Haushaltsverhandlungen, die Migrantinnenorganisationen besonders hart treffen. Die drohenden Kürzungen gefährden die Existenz dieser Organisationen und schwächen somit die zivilgesellschaftlichen und demokratischen Strukturen. Es braucht eine diversitätsorientierte Gleichstellungspolitik und eine gleichberechtigte politische Teilhabe für alle Bürger*innen!“

Dr. Delal Atmaca, Geschäftsführerin des Dachverbands der Migrantinnenorganisationen DaMigra e.V.

Gesundheitsversorgung für alle?!

Einfach zur Ärztin gehen, wenn man krank ist?
Für viele Migrant*innen sieht die Realität ganz anders aus.
Darüber sprachen wir mit Jeannie und Charlotte vom Medibüro Berlin.

Stellt euch mal vor: Was macht das Medibüro Berlin?

Jeannie: Zum einen vermitteln wir Behandlungen durch medizinisches Fachpersonal an Menschen ohne Krankenversicherung. Dazu kooperieren wir mit einem Netzwerk von Ärztinnen, Physiotherapeuten und Krankenhäusern. Zum anderen machen wir politische Arbeit.

Charlotte: Die Vermittlung läuft so ab: Es kommt jemand zu uns und wir fragen, welche Beschwerden die Person hat, und welchen Arzt sie gern sehen möchte. Wir rufen dann eine entsprechende Ärztin aus unserem Netzwerk an, und versuchen, einen Termin auszumachen. Wenn Leute Probleme mit der Finanzierung haben, zum Beispiel bei Medikamenten, können sie mit einer Kostenübernahme auf unsere Rechnung Medikamente aus der Apotheke abholen. Die Beratung ist anonym. Die Menschen, die wir sehen, kommen häufig aus sehr prekären Lebenssituationen oder leben illegalisiert in Berlin. Sie haben große Angst davor, dass sie irgendwo gemeldet werden, dass sie irgendwo ihren Namen angeben müssen.

Und wie stemmt und finanziert ihr diese Arbeit?

Jeannie: Das, was wir machen, ist extrem prekär und politisch skandalös: weil der Zugang zur medizinischen Versorgung ein international verbrieftes Menschenrecht ist, ihn hier aber ein Haufen von ehrenamtlich antirassistisch arbeitenden Leuten sichern muss.

Und das ist auch entsprechend unstet, weil wir auf Spenden und ehrenamtliche Mitarbeit angewiesen sind. Wir bekommen keine öffentlichen Gelder und niemand von uns verdient damit Geld. Das Netzwerk aus Ärzten und Ärztinnen spendet uns teilweise ihre Zeit, indem sie umsonst behandeln. Dann gibt es aber bestimmte Dinge, die man bezahlen muss: Labore, orthopädische Hilfsmittel, Medikamente, Materialkosten und die verhandelten Preise für Operationen. Deshalb kann es dann sein, dass wir zum Beispiel sagen müssen: Die Behandlung ist medizinisch notwendig, aber wir können die nicht machen, es geht einfach gerade nicht. Das heißt, dieses Menschenrecht ist abhängig von Spenden, von der Zeit und der Lust unserer Aktiven und von der Bereitschaft und den Ressourcen der Ärztinnen.

Weil das so skandalös ist, müssen wir das auch immer problematisieren und unsere praktische Arbeit mit politischer Arbeit flankieren, also sagen: Was wir machen, dürften wir überhaupt nicht machen müssen. Der Zugang zu medizinischer Versorgung müsste vom Staat gewährleistet werden. Deshalb machen wir auch politische Arbeit,

»Das große Ziel ist eigentlich, dass wir uns abschaffen können.«

zum Beispiel Kampagnen, und wir sitzen im Beirat der Clearingstelle. Das große Ziel ist eigentlich, dass wir uns abschaffen können.

Du hast die Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung erwähnt. In Berlin gibt es seit 2018 eine Clearingstelle. Wie funktioniert das?

Jeannie: Die Clearingstelle wird über den Senat finanziert und von der Stadtmission organisiert. Es gibt eine Beratung, die ist auch anonym. Die Menschen kommen dahin und dann wird geprüft: Gibt es eine Möglichkeit, dass sie regulär versichert werden? Wenn das nicht geht, dann springt die Clearingstelle ein.

An sich ist die Clearingstelle ein großer Schritt in die richtige Richtung und das Medibüro hat auch sehr, sehr lange dafür gekämpft, dass eine solche Clearingstelle eingerichtet wird. Trotzdem gibt es aber Aspekte, die zu verbessern wären: Zum Beispiel muss die Stelle mit einem Fonds auskommen, der gedeckelt ist. Auch bei der Clearingstelle kann das Geld alle sein. Das gab es immer wieder und dann kam es zu einem Ausgabestopp von Kostenübernahmen. Dadurch, dass es nur ein Netzwerk bestimmter kooperierende Praxen und Krankenhäuser gibt, sind nicht immer alle Fachrichtungen abgedeckt oder manche Bereiche nur ganz, ganz wenig. Problematisch ist auch, dass es keine freie Arzt- und Ärztinnenwahl gibt.

Charlotte: Es gibt auch Leute, die fallen durch das Raster der Clearingstelle und werden da nicht versorgt. Oder sie trauen sich vielleicht nicht, dahin zu gehen. Unser größter Kritikpunkt an der Clearingstelle ist aber nicht, wie sie arbeitet, sondern dass das System an sich eine Parallelstruktur ist, die einen Deckel hat und nicht sicher dauerhaft finanziert ist. Es muss immer wieder neu verhandelt werden und es kann passieren, dass es nach einem Regierungswechsel plötzlich keine Clearingstelle mehr gibt. Sie ist einfach keine dauerhafte Lösung und kein Regelsystem und garantiert auch keine Versorgung nach Regelsystem.

Wenn ihr eine Forderung aufstellen dürft, die dann umgesetzt würde – welche wäre das?

Jeannie: Integration in die Regelversorgung für alle – und zwar sofort und für immer!

Anna Westner

Gesundheitsversorgung von Geflüchteten

Asylbewerber*innen erhalten in den ersten 36 Monaten in Deutschland laut Asylbewerberleistungsgesetz eine stark eingeschränkte medizinische Versorgung. Erst nach drei Jahren haben sie Anspruch auf eine medizinische Versorgung, die mit der gesetzlichen Krankenversicherung vergleichbar ist.

Für die Gesundheitsversorgung Hilfsbedürftiger trägt theoretisch das Sozialamt die Kosten. Nach § 87 Aufenthaltsgesetz sind öffentliche Behörden aber verpflichtet, illegalisiert bzw. ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland lebende Menschen an die Ausländerbehörde zu melden. Aus Angst vor Abschiebung können viele Menschen diese Gesundheitsdienste daher nicht in Anspruch nehmen. Für das Bildungssystem wurde der § 87 bereits ausgesetzt, um allen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen.

Die Gesundheitsversorgung von Asylbewerber*innen fällt in den Verantwortungsbereich der Bundesländer und Kommunen, die diese Aufgabe unterschiedlich organisieren. In Bremen und Berlin, aber auch in Städten wie München, gibt es Versuche, den Zugang niedriger und inklusiver zu gestalten: Bremen führte 2005 eine Gesundheitskarte für Geflüchtete ein, mit der größtenteils reguläre medizinische Hilfe in Anspruch genommen werden kann. Seit September 2022 werden Menschen ohne Ausweispapiere im regulären Gesundheitssystem behandelt.

Fabian Bennewitz

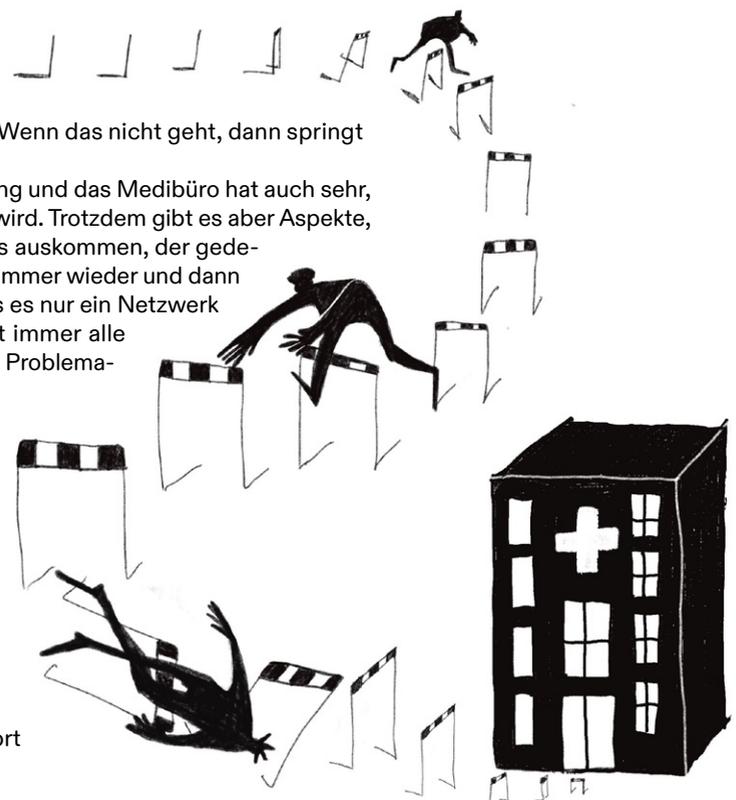


ILLUSTRATION: PATI SCHWEGLER

»Die Anmeldung ist für uns allgegenwärtig«

Für viele, vor allem migrantische Menschen ist die Meldepflicht ein Problem. Weigern sich Vermieter*innen, eine Wohnungsgeberbestätigung auszustellen, stehen sie ohne Meldeadresse da. Mit Roberto von der Kampagne „Anmeldung für Alle“ sprachen wir über Probleme mit der Wohnungsanmeldung, die Forderungen der Kampagne und die Bedeutung von migrantischen Selbstorganisationen.

Warst du schon einmal in der Situation, dass du nicht an dem Ort gemeldet warst, an dem du gewohnt hast?

Ja, vor ein paar Monaten in Lüneburg. Als ich nach Deutschland kam, wohnte ich zuerst in Berlin und war über das Institut, an dem ich promoviere, angemeldet. Als ich dann nach Lüneburg gekommen bin, konnte ich dort noch ein paar Monate problemlos mit meiner Berliner Anmeldung wohnen. Zu Problemen kam es erst, als bei einem bürokratischen Verfahren nach meiner Lüneburger Meldeadresse gefragt wurde und ich keine hatte.

Wofür braucht man denn eigentlich eine Anmeldung und warum ist es problematisch, keine zu haben?

Zunächst einmal ist die gesetzlich vorgeschrieben. Aber man braucht die Meldeadresse auch für fast alles, wo man Dokumente per Post empfangen muss: um ein Bankkonto zu eröffnen, einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben oder eine Krankenversicherung abzuschließen. Doch ohne Arbeitsvertrag ist es auf dem Berliner Wohnungsmarkt kaum möglich, eine Wohnung zu finden. Darin besteht der Teufelskreis der Anmeldung. Das betrifft vor allem Migrant*innen, aber auch queere Personen und Frauen. Ich habe Freundinnen und Mitkämpferinnen, die sehr unangenehmen Situationen, teilweise auch sexuellen Belästigungen durch ihren Wohnungsgeber, ausgesetzt waren. Das mussten sie aushalten, weil sie auf diese Anmeldung angewiesen waren.

Was fordert denn die Kampagne Anmeldung für Alle, um die aktuelle Situation zu verbessern?

Die Kampagne hat drei Forderungen: Erstens die Einrichtung einer universellen Anmeldung. Kon-

kret fordern wir eine Meldestelle, wie es sie für Obdachlose teilweise schon gibt. Wir wollen, dass die Stadt eine Art Amt schafft, wo man sich für eine Übergangszeit melden und dort Post empfangen kann. Dann könnte man sorgloser anfangen, sich hier ein Leben aufzubauen. Wenn man dann einen Mietvertrag hat, kann man sich dort anmelden, wo man tatsächlich wohnt. Zweitens die Entkriminalisierung der solidarischen Praxis sogenannter Scheinmeldungen, also jemandem die Anmeldung an einer Adresse zu ermöglichen, an der die Person nicht wohnt. Das ist im Grunde nur eine Hilfestellung für Menschen, deren Wohnsituation keine Anmeldung ermöglicht. Und drittens das Recht auf Stadt zu verwirklichen, und die Kommerzialisierung des Wohnraums zu stoppen. Das ist das übergreifende Ziel, was uns auch mit anderen Kampagnen und Initiativen vereint.

An wen richten sich eure Forderungen?

Die ersten beiden sind vor allem an die Stadt und an das Land Berlin gerichtet. Wir glauben, dass man mit den jetzigen Gesetzen eine administrative Lösung finden kann, auch ohne viele zusätzliche Ressourcen zu investieren. Und die Stadt würde auch profitieren, da sie mehr finanzielle Unterstützung vom Bund bekommt – die ist nämlich unter anderem von der Einwohnerzahl abhängig. Es ist also auch logisch für die Stadt, unser Vorhaben zu unterstützen.

Wie bist du denn dazu gekommen, dich aktivistisch und bei der Kampagne Anmeldung für Alle zu engagieren?

Ich bin Teil vom Bloque Latinoamericano Berlin und bin dort aktiv in der Gruppe Ciudad Migrante. Wir haben eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Offenes Recht auf Stadt“ organisiert, bei der deutlich wurde: Die Anmeldung ist allgegenwärtig. Teilweise

wohnen Leute hier seit Monaten oder Jahren ohne sich an dem Ort, an dem sie wohnen und ihr Leben weiter gestalten wollen, anmelden zu können. Deshalb wurde das Bündnis Anmeldung für Alle aufgebaut. Daran waren vor allem Ciudad Migrante und Right to the City beteiligt, das ist die englischsprachige Gruppe von Deutsche Wohnen & Co. Enteignern. Aber es sind auch andere migrantisch-politische Organisationen und Stadtteilinitiativen dabei. Als Migrant, aber auch als Mensch, bin ich dort aktiv und versuche, das Ganze voranzubringen.

Das klingt so, als ob das Kernteam der Kampagne aus migrantischen Organisationen besteht. Wie prägt das euren Aktivismus?

Ja, „wir“ sind die stark Betroffenen. Das ist ein geteiltes Gefühl, das wir alle haben und aus unserer Sicht ist das ganz klar. Wir kämpfen auch mit der Frage, wie man dieses Gefühl unseren deutschen Genoss*innen vermitteln kann. Die empfinden natürlich Solidarität und Empathie für uns, haben aber das Problem nie wirklich selbst erfahren.

Was habt ihr mit Anmeldung für Alle bisher erreicht?

Wir haben viel mehr Sichtbarkeit geschaffen:

Vor kurzem sind zum Beispiel zwei Zeitungsartikel über uns erschienen. Aber wir haben es auch geschafft, unsere Forderungen in ein Beschlusspapier der Berliner Linken zu bringen. Das war ein großer und wichtiger Erfolg für uns. Wir waren letztens auch bei der Mietenwahnsinn-Demo und haben dort einen Block von rund 100 Menschen selbst organisiert. Da sind wir ziemlich stolz drauf.

Welche nächsten Schritte plant ihr mit der Kampagne?

Ich bin momentan in der Recherchegruppe tätig. Dort arbeiten wir an einer Art Handbuch, in dem die Kernprobleme, über die wir hier gesprochen haben, zusammengefasst werden. Das werden wir dann bei verschiedenen Presse- oder politischen Gelegenheiten nutzen und vorstellen. Die politische Strategiegruppe kümmert sich mehr um die Frage, wo wir uns präsentieren und unseren Forderungen Gehör verschaffen können: Demos, Kundgebungen, politische Veranstaltungen. Jetzt gerade geht es vor allem darum, uns zu vernetzen und unsere Forderungen weiter zu verbreiten.

Roian Anne Haußner & Navid Krüger



Plan Einstein – ein innovatives Wohnprojekt für Geflüchtete

Utrecht 2015: Gespräche über die Unterbringung von Asylsuchenden werden durch Proteste von Anwohner*innen unterbrochen. Sie richten sich gegen die Einrichtung eines Geflüchtetenheims im Viertel Overvecht. Wie kann es in einem solchen Klima gelingen, Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen? Das Projekt Plan Einstein sucht nach Antworten.

Geflüchtete und Nachbar*innen sollen unterstützt, der Austausch und Zusammenhalt im Viertel gestärkt werden. Finanziert wird das Projekt in großen Teil mit Geldern aus dem „Urban Innovative Actions“-Fonds der Europäischen Kommission. Beteiligt sind die lokale Stadtverwaltung sowie verschiedene NGOs, Organisationen, Fachleute und Freiwillige. Mittlerweile gilt Plan Einstein als internationales Leuchtturmprojekt. Eine Studie des University College London und der Universität Oxford zeigt, dass die anfänglichen Proteste schnell in nachbarschaftliche Zustimmung umschlugen. Ein Grund dafür könnte sein, dass die ersten Gegenstimmen besonders raumgreifend

waren. Der Vergleich zu anderen Geflüchtetenunterkünften zeigt zudem, dass die Ablehnung nach der Öffnung einer Unterkunft generell meist sinkt, da sich Befürchtungen, wie die Angst vor steigender Kriminalität, nicht bestätigen.

Plan Einstein bezog außerdem die Anwohner*innen aktiv ein. So wurde kreativ auf deren Kritik reagiert, dass Jugendliche aus dem Kiez keine Wohnung finden, während Geflüchtete eine Unterkunft erhalten. Das Projekt schuf kurzerhand subventionierte Wohnungen für junge Erwachsene aus der Gegend. Zwischen Oktober 2016 und November 2018 lebten dort 53 junge Menschen mit niederländischem Pass neben 904 Geflüchteten.

keine Niederländisch-Kurse belegen. Viele der Geflüchteten wollten die Sprache jedoch lernen und hatten auch eine gute Bleibeperspektive. Hier hätten zum Beispiel informelle Sprachangebote geholfen.

Mit der eigentlich so einfachen Idee, die Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Gruppen in der Stadt zu stärken und die eigenen Schwächen kritisch zu reflektieren, ist Plan Einstein ein Vorbild für zukünftige Projekte mit Geflüchteten. Hier wurde der Austausch und das (Voneinander-)Lernen in den Mittelpunkt gestellt, anstatt den Diskurs um die „Überlastung der Kommunen“ zu bedienen und die Begrenzung von Zuwanderung zu fordern. Plan Einstein zeigt: Es ist durchaus möglich, auf die Ängste und Bedürfnisse verschiedener Gruppen einzugehen, anstatt diese gegeneinander auszuspielen.

Alexa Krugel

Schlafplatzzorga: »Wohnen bildet die Grundlage für alles«

Jeden Mittwochnachmittag geht Sari zu ihrer Schicht bei der Initiative „Schlafplatzzorga“ in Berlin. Zwei Stunden sitzt sie mit anderen Aktivist*innen zusammen und versucht, Schlafplätze an Geflüchtete zu vermitteln. Pro Woche gibt es drei solcher Schichten, erfolgreich ist die Vermittlung immerhin in einem von sieben Fällen. Die Schlafplatzvermittlung wird möglich gemacht durch Freiwillige, die ihre Couch oder Wohnung zur Verfügung stellen, besonders dann, wenn sie selbst nicht zuhause sind. Interessierte können sich auf der Website sleepingplaceberlin.wordpress.com informieren.

Die Gründung der Schlafplatzzorga im Jahr 2014 war eine Reaktion auf die akute Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin, von der Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel besonders stark betroffen sind. Der Unterstützer*innenkreis besteht aus Aktivist*innen mit und ohne Fluchthintergrund, die sich ehrenamtlich um die Vermittlung kümmern. Dass auch Sozialarbeiter*innen ihre Klient*innen an die

Schlafplatzzorga vermitteln, verdeutlicht die bestehenden staatlichen Defizite.

Die Initiative wird vor allem von Geflüchteten angefragt, die Freund*innen und Familie in der Stadt besuchen, hier zur Schule gehen oder einen wichtigen Termin wahrnehmen müssen, aber keinen Ort zum Übernachten haben. „Die Menschen, die zu uns kommen, möchten ihr Leben gestalten, sich auf einen Job bewerben, sie machen einen Deutschkurs oder befinden sich in einer Ausbildung“, erzählt Sari und schließt: „Wohnen bildet die Grundlage für alles!“ Denn ohne Unterkunft ist keine Teilhabe möglich, dann gibt es keine Möglichkeit Fuß zu fassen. Manche wollen auch einfach nur für ein paar Tage aus ihrem „Lager“ rauskommen – so bezeichnen viele Betroffene die beengten Gemeinschaftsunterkünfte, die ihnen zugewiesen werden. Was viele hier gemeinsam haben, ist, dass sie in Deutschland illegalisiert werden, weil sie keinen anerkannten Aufenthaltssta-

tus haben. Für diese Geflüchteten ist es besonders schwierig, eine Unterkunft zu finden, da offizielle Einrichtungen meist Ausweisdokumente verlangen, die sie nicht vorweisen können.

„Die Menschen, die zu uns kommen, brauchen Ruhe und Regeneration und das ist auf der Straße und im Lager nicht möglich“, meint Sari. Für diese Menschen ist politisch bis dato aber meist kein anderer Ort als das Lager vorgesehen. Eines der wirksamsten Mittel, um Geflüchtete an einem Ort festzuhalten, ist die sogenannte Residenzpflicht: Das ist die Verpflichtung, in dem vom Staat zugewiesenen Aufenthaltsbereich zu bleiben – ohne Rücksicht auf vorhandene familiäre und freundschaftliche Netzwerke in anderen Städten. So wird der Zugriff auf Teilhabe am sozialen

»Die Menschen, die zu uns kommen, brauchen Ruhe und Regeneration und das ist auf der Straße und im Lager nicht möglich«

Leben konsequent verwehrt. Selbstbestimmtes Wohnen ohne das Risiko der Abschiebung ist die Grundlage für Partizipation. Die Schlafplatzzorga fordert deshalb, dass Geflüchtete ihren Tagesablauf selbst bestimmen und gestalten können, statt Objekte staatlicher Steuerung zu sein. „Dass sie über die Schlafplatzzorga ein Zimmer bekommen, wird definitiv nicht die Welt verändern“, sagt Sari, „aber einzelne Lebensrealitäten können dadurch mindestens temporär verändert und bestehende Strukturen aufgebrochen werden“.

Ricarda Jass & Roian Anne Haußner

Wo bitte geht's zum Arbeitsmarkt?

Geflüchtete aus Syrien finden Hilfe bei der Arbeitssuche vor allem in den sozialen Netzwerken

„Mein Arbeitsvermittler hat mir gar nicht geholfen, aber ich habe immer von Freunden erfahren, wo man beispielsweise die Zeugnisse beglaubigen lassen und sich für Jobs bewerben kann.“

Walid, ein 30-jähriger Informatiker aus Syrien, ist mit dieser Erfahrung nicht allein in Deutschland. Laut Statistischem Bundesamt sind geflüchtete Menschen auf ihrem Weg in die Berufstätigkeit mit vielen Hürden konfrontiert. Dabei ist der Eintritt in den Arbeitsmarkt ein zentraler Schritt für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe. Deutschland nutzt eine aktive Arbeitsmarktpolitik, um Geflüchtete bei der Suche nach geeigneten Arbeitsplätzen zu unterstützen und sie zu qualifizieren: Dazu gehören Maßnahmen wie Berufsberatung, Berufsausbildung und die direkte Vermittlung in eine öffentliche oder subventionierte Beschäftigung. Aber gelingt das auch in der Realität?

Grundsätzlich bewegt sich ohne Arbeitserlaubnis erstmal nichts auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Bis diese da ist, kann es dauern. Auch der offizielle Nachweis von Sprachkenntnissen stellt eine große Hürde dar. Erst mit bestandener B1-Sprachprüfung beginnt das Jobcenter zu vermitteln. Waïd etwa hätte gern gleich gearbeitet und dabei seine Englisch-Sprachkenntnisse genutzt, doch er musste erst die deutsche Sprachprüfung bestehen. Ein weiteres Problem ist die Anerkennung von Qualifikationen. Die im Herkunftsland bereits erworbenen Abschlüsse werden oftmals nicht oder nicht ausreichend anerkannt. In der

Folge sehen sich viele Geflüchtete dazu gezwungen, einen Job anzunehmen, der weit unter ihrem Ausbildungsniveau liegt.

Dass staatliche Maßnahmen für eine Arbeitsvermittlung nicht ausreichen oder sogar zusätzliche Hürden schaffen, zeigt auch eine Studie der Humboldt-Universität mit Geflüchteten aus Syrien. So berichten viele Geflüchtete den Forschenden von der mangelnden Hilfe durch das Jobcenter. Ein Betroffener erzählt: „Mein Arbeitsvermittler hat mir gar nicht geholfen. Er fragte mich ab und zu, was ich gerade mache. Ich sagte ihm, dass ich den Kurs mache und nach einem Job suche, das war's.“ Viel wichtiger: informelle und soziale Netzwerke, sprich Freund*innen und soziale Organisationen, die Informationen über Jobs oder Kurse weitergeben. Auch die Angebote zivilgesellschaftlicher Initiativen werden als hilfreich beschrieben. Diese individuellen Berichte zeigen, dass neben der Anerkennung von Qualifikationen und Sprachkenntnissen vor allem persönliche Unterstützungsnetzwerke und spezialisierte Organisationen eine entscheidende Rolle bei der beruflichen Integration von Geflüchteten spielen. Nicht zuletzt bieten sie nicht nur praktische Hilfe bei der Jobsuche an, sondern auch emotionale und soziale Unterstützung, die für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt unerlässlich sind. Übrigens: Je länger Geflüchtete in Deutschland leben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie eine Beschäftigung finden – trotz der großen Hürden, auf die sie auf dem Weg dorthin stoßen. Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung betont: „Bei den Leuten, die seit sieben oder acht Jahren hier sind, haben wir eine Beschäftigungsquote von 62 Prozent. Das sind nur etwa zehn, zwölf Prozentpunkte weniger als bei der deutschen Bevölkerung.“

Hussam Albaba & Emily Bernhard

Die im Herkunftsland bereits erworbenen Abschlüsse werden oftmals nicht oder nicht ausreichend anerkannt.

Schulbildung für alle Kinder auch ohne Papiere

„Ich möchte weiter zur Schule gehen, ich war seit über zwei Jahren nicht mehr. Ich habe bestimmt alles vergessen“

Das erzählt Ahmad in einer Reportage der Zeitschrift „Fluter“ über den Wartemodus minderjähriger Geflüchteter in Deutschland. Zur Schule darf er erst wieder gehen, wenn er ein monatelanges Verfahren durchlaufen hat. So wie ihm geht es auch anderen Kindern. Eine Gruppe ist besonders gefährdet: Kinder, die den Status „illegal“ auferlegt bekommen, die also keine gültigen Aufenthaltspapiere besitzen. Dabei ist das Schulbesuchsrecht für alle Kinder in Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben und wurde in Deutschland 1992 ratifiziert. In den Bundesländern ist dies in unterschiedlicher Weise gesetzlich verankert. Zumeist gilt: Alle Kinder haben unabhängig vom Aufenthaltsstatus das Recht auf diskriminierungsfreie schulische Bildung und einen gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Schulen. Die Umsetzung gestaltet sich in der Praxis jedoch schwierig oder scheitert ganz. Eine Ursache dafür ist die Übermittlungspflicht, die in §87 des Aufenthaltsgesetzes geregelt ist und öffentliche Einrichtungen verpflichtet, Informationen über einen unerlaubten Aufenthalt an die Ausländerbehörde weiterzuleiten. Den Betroffenen droht dann die Abschiebung.

Obwohl diese Regelung 2011 für Bildungseinrichtungen ausgesetzt wurde, hat sie weiterhin Auswirkungen auf das Schulsystem. So kooperieren Schulen mit dem Jugendamt, das weiterhin der Übermittlungspflicht unterliegt. Hinzu kommt, dass nicht allen Mitarbeitenden von Schulen und



ILLUSTRATION: PATI SCHWEGLER

Behörden die Abschaffung der Übermittlungspflicht an Bildungseinrichtungen bekannt ist. Dadurch werden Informationen über den Aufenthaltsstatus gelegentlich doch weitergegeben. Die Angst vor Aufdeckung und Abschiebung hindert Eltern oft daran, ihre Kinder in einer Schule anzumelden.

Manche Schulen verlangen für die Einschulung eine Meldebescheinigung, Pass oder Geburtsurkunde – Dokumente, die rechtlich dafür nicht nötig wären. Da diese Nachweise den Eltern illegalisierter Kinder meist nicht vorliegen, werden diese nicht an der Schule aufgenommen. Auch die mangelnde Vorbereitung und Finanzierung von Schulen führt zur Ablehnung. Argumentiert wird, das Kind weise ein zu niedriges Bildungsniveau auf oder die Willkommensklassen seien überlaufen. Um die Einschulung zu bewältigen, sind illegalisierte Kinder und ihre Sorgeberechtigten daher auf die Unterstützung von NGOs, Beratungsstellen oder anderen Helfenden angewiesen. Doch der Mangel an Beratungsangeboten und sprachliche Barrieren erschweren den Zugang zu wichtigen Informationen. Es erfordert Sensibilität und Engagement von Schulen, Behörden und der Zivilgesellschaft, um sicherzustellen, dass Kinder ohne Aufenthaltsstatus ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können – und zwar nicht erst nach Monaten der Wartezeit und bürokratischen Verfahren. Einzelne Schulen machen hierbei eine gute Arbeit. Doch ein übergreifendes Einschulungskonzept für papierlose Kinder ließ sich bei den Recherchen für diesen Artikel nicht finden. Gespräche mit Schulbehörden und Schulen liefen ins Leere. Zum Thema wolle man sich entweder nicht äußern oder es sei nichts bekannt. Dabei lebten nach Schätzungen der Sozialforscherin Dita Vogel bereits 2008 bis zu 30.000 Kinder illegalisiert in Deutschland. Die Zahl dürfte seitdem deutlich gestiegen sein.

Ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass es eigentlich gar nicht so schwer ist: In New York etwa können Sorgeberechtigte ihr Kind zur Einschulung einfach in eine Schule in ihrer Umgebung bringen, wo es dann direkt einer Klasse zugeteilt wird – auch wenn es keine Dokumente besitzt. Eine Übermittlungspflicht gibt es dort nicht.

Johanna Knote

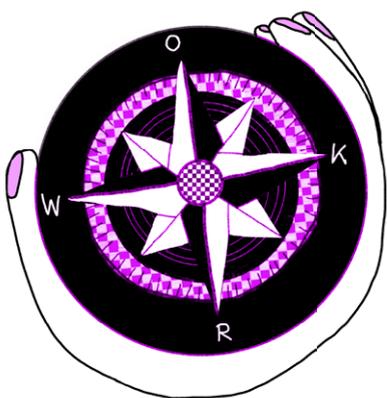


ILLUSTRATION: PATI SCHWEGLER

In die Schule zu gehen, ist auch in Deutschland nicht selbstverständlich - besonders für Kinder ohne Papiere.

Partizipation im Kiez: Wie Beiräte das Zusammenleben in Berlin verbessern

Von der Kantine auf dem Dach des Kreuzberger Rathauses hat Tülay Usted einen guten Blick über den Bezirk, für den sie sich engagiert. Ihr Anliegen: Migrantische Stimmen sollen von der Politik wahrgenommen werden. Seit zwei Jahren ist Usted deshalb im Beirat für Partizipation und Migration.

In den zwölf Berliner Bezirken spielen Partizipations- und Integrationsbeiräte eine zentrale Rolle, um die vielfältigen Interessen und Bedürfnisse der Bürger*innen zu vertreten. Diese Gremien bieten nicht nur eine Plattform für den Austausch zwischen den Anwohner*innen und der Verwaltung. Sie sorgen auch dafür, dass die Expertise von weniger repräsentierten Gruppen miteinbezogen wird – denn wer kennt die Bedürfnisse der Menschen besser als die Communities selbst? In Berlin gibt es

diese Beiräte seit 2021 aufgrund des neuen „Gesetzes der offenen Tür“. Hier wird das Wissen aus verschiedenen migrantischen Gemeinschaften und Selbstorganisationen an den Tisch der bezirklichen Verwaltung und in die Bezirksverordnetenversammlungen geholt.

Tülay Usted ist die Co-Vorsitzende des Beirats Friedrichshain-Kreuzberg. Die 59-Jährige lebt seit ihrem sechsten Lebensjahr in Deutschland und engagiert sich sowohl beruflich als auch ehrenamtlich in verschiedenen Vereinen, die die Bildungschancen von migrantischen Mitbürger*innen fördern. Dort hat sie zunehmend Verantwortung übernommen und ist so in die Rolle der Beiratsvorsitzenden hineingewachsen.

Gewählt wird der Bezirksbeirat in Friedrichshain-Kreuzberg von Expert*innen für jeweils fünf Jahre. Mit 30 Mitgliedern ist er der größte bezirkliche Beirat Berlins. Dadurch ist es eine große Herausforderung, die regelmäßigen Treffen mit allen Beteiligten zu organisieren. Aktuelle Themen werden sowohl von den Mitgliedern des Beirates als auch der Integrationsbeauftragten des Bezirks in die Sitzung getragen. Tülay Usted und ihre Vorstandskolleg*innen legen vor jeder Sitzung eine Tagesordnung mit diesen Themen fest: „Unsere Aufgabe ist zu schauen: Was ist jetzt gerade angesagt, was beschäftigt die Menschen im Bezirk?“

Neben der Arbeit zu aktuellen Themen hat der Beirat Friedrichshain-Kreuzberg seinen Schwerpunkt auf den Zugang zu Bildung gelegt. Hierzu arbeiten Expert*innen des Beirates Empfehlungen und Entwürfe aus, die dann gemeinsam besprochen werden können. Daneben geht es aber auch um so unterschiedliche Themen wie die Lage von Spielplätzen, die Lebensbedingungen von geflüchteten Personen oder die Situation von migrantischen

Rentner*innen im Bezirk. Ein Problem der Bezirksbeiräte, so Tülay Usted, sei die Sichtbarkeit des Beirates für Migrant*innen. Sie wünscht sich, dass die Beiräte mehr gesehen und angesprochen werden.

Migrantische Räte haben in ihrem Bezirk eine lange Geschichte, erzählt Usted: "Im Jahr 1970 wurde in Kreuzberg der erste Ausländerbeirat der Bundesrepublik gegründet". Der Beirat in Friedrichshain-Kreuzberg ist aber nur einer von vielen, die für ein besseres Miteinander und Partizipation für alle arbeiten. Es gibt in ganz Deutschland Migrationsbeiräte auf Landes-, Bezirks-, Stadt- und Gemeindeebene. Sie alle haben das große Ziel, die Vielfalt der Gesellschaft auch in der Politik zu repräsentieren.

Jana Lange

Was ist das Gesetz der offenen Tür (PartMigG)?

Das „Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft des Landes Berlin“ wurde 2021 als Nachfolger des Partizipations- und Integrationsgesetzes von 2010 verabschiedet. Eine Auswertung des Vorgänger-Gesetzes hatte ergeben, dass es zu wenig umgesetzt worden war. Das PartMigG hat daher klarere Vorgaben: So wurde der Migrationsbeirat gesetzlich verankert und auch für Rom*nja und Sinti*zze soll ein Beirat eingerichtet werden. Außerdem sollen bei Stellenbesetzungen Menschen mit Migrationsgeschichte besonders berücksichtigt werden.

Kommunales Wahlrecht: Wann dürfen alle Bürger*innen mitbestimmen?

Zehn Millionen Menschen, also 14 Prozent der deutschen Bevölkerung, dürfen trotz ihres Lebensmittelpunkts in Deutschland nicht an Wahlen teilnehmen. Die Ursache: der „falsche“ Pass. In Duisburg-Marxloh besitzen beispielsweise über 60 Prozent der lokalen Bevölkerung keine deutsche Staatsangehörigkeit; in Frankfurt am Main dürfen etwa 150.000 Einwohner*innen kommunal nicht mitentscheiden. Das Gebiet um das Kottbusser Tor in Berlin ist extrem stark von steigenden Mieten betroffen, doch 45 Prozent der Anwohnenden konnten 2021 nicht über die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ abstimmen. Dabei gestalten Personen vieler verschiedener Nationalitäten gemeinsam ihre Dörfer, Städte und Wohnviertel. Viele davon kamen bereits in den 1960er Jahren als sogenannte „Gastarbeiter*innen“ nach Deutschland, andere erst in den letzten Jahren.

Laut dem Grundgesetz geht „alle Staatsgewalt vom Volke aus“. Doch wer gehört zu diesem Volk? 1990 entschied das Bundesverfassungsgericht auf Antrag von CDU/CSU, dass für die Zugehörigkeit zum „Volk“ der deutsche Pass notwendig sei. Eine Veränderung würde eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit benötigen. 1992 floss dann das Europarecht ins Grundgesetz ein: Seitdem dürfen alle Menschen mit EU-Pass in Deutschland auf kommunaler Ebene wählen, wie überall in der Europäischen Union. Ohne EU-Pass bleibt man freilich ausgeschlossen.

Doch in 14 von 27 europäischen Staaten ist das kommunale Wahlrecht für alle Einwohner*innen

unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit bereits unaufgeregte Selbstverständlichkeit. Dort hängt die Wahlberechtigung nicht vom Pass, sondern nur vom Lebensmittelpunkt ab. Viele deutsche Bürgermeister*innen haben sich daher der europäischen Städteerklärung „our cities, our votes“ angeschlossen. Globale Metropolen wie Berlin, Köln und München werden in ihren Forderungen zum kommunalen Wahlrecht für alle Bürger*innen von unzähligen ganz unterschiedlichen Kommunen unterstützt. Im Dezember 2023 unterschrieb etwa Rottenburg die Initiative. Die Mittelstadt am Neckar hat knapp über 40.000 Einwohner*innen. Ihr Oberbürgermeister Stephan Neher ist CDU-Mitglied. Viele wünschen sich, dass diese Einzelmeinung aus der Union auch dort Konsens wird. Sie hoffen, dass die Lebensrealität unserer pluralistischen Gesellschaft Eingang in das kommunale Wahlrecht findet und zukünftig alle Bürger*innen mitentscheiden können, wenn es um wichtige Themen an ihrem Wohnort geht.

Tobias Funke

Ohne EU-Pass bleibt man bei kommunalen Wahlen in Deutschland ausgeschlossen.

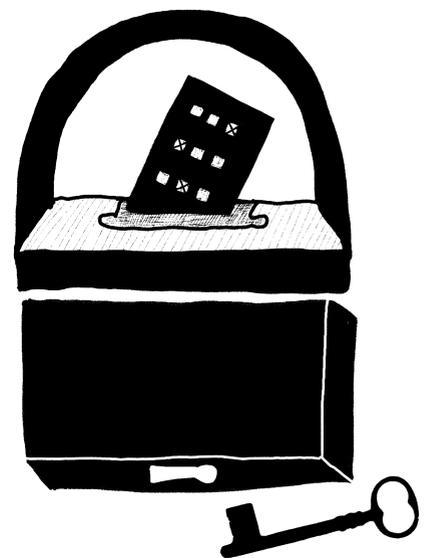


ILLUSTRATION: PATI SCHWEGLER

Ein Stadtausweis für alle

Von New York nach Berlin: die City ID auf ihrem Weg nach Europa

Schätzungen zufolge leben in Berlin derzeit über 50.000 Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus. Sie arbeiten in der Gastronomie, im Baugewerbe, in der Brandenburger Landwirtschaft und in privaten Haushalten. Sie pflegen Ältere, betreuen Kinder und Kranke. Wie viele andere Großstädte ist auch Berlin und seine Versorgungsinfrastruktur von billigen, migrantischen Arbeitskräften abhängig. Die Illegalisierten sind unverzichtbar für die Menschen vor Ort, und dafür, dass der Laden läuft. Trotzdem haben sie kaum Rechte. Denn ohne Papiere geht in Deutschland so gut wie nichts.

Daran könnte sich bald etwas ändern, zumindest in Berlin. 2023 gab der damals noch rot-rot-grüne Senat eine Machbarkeitsstudie für eine City ID in Auftrag – ein Dokument, mit dem sich Illegalisierte als Stadtbürger*innen ausweisen können. Der Ausweis soll den Umgang mit Behörden erleichtern und den Zugang zu öffentlichen Leistungen ermöglichen. „Vor allem geht es darum, Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte den Zugang zu Rechten zu eröffnen, die sie formal bereits haben, von denen sie bislang aber faktisch ausgeschlossen bleiben. Zum Beispiel den Zugang zum Gesundheitssystem“, sagt Stefanie Kron. Sie ist Professorin für Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Berlin und Projektleiterin für die vom Senat in Auftrag gegebene Studie.

Im Alltag sind „papierlose“ Menschen ständig damit konfrontiert, dass sie sich nicht wie jede*r andere ausweisen können. Auch bei internationalen Studierenden kommt es vor, dass sie aufgrund schwieriger Umstände ihren Aufenthaltstitel verlieren. Dabei sind amtliche Ausweisdokumente notwendig, um zum Beispiel einen Arbeits-, Miet- und Handyvertrag abzuschließen. Auch die Inanspruchnahme staatlicher Leistungen oder der Besuch öffentlicher Einrichtungen erfordert fast immer den Identitätsnachweis. Besonders dramatisch wirkt sich die sogenannte „Übermittlungspflicht“ aus: Öffentliche Einrichtungen sind mit wenigen Ausnahmen gesetzlich verpflichtet, die Ausländerbehörde zu informieren, wenn sie Kenntnis von einem fehlenden Aufenthaltstitel erlangen. Betroffene vermeiden daher meist den Umgang mit Ämtern und Behörden. So aber bleibt ihnen der Zugang zu Bildung und Gesundheit und auch zu vielen privaten Dienstleistungen wie der Eröffnung eines Bankkontos verwehrt.

Hier setzt die City ID an, die unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status vergeben wird: Zugangsrechte sollen nicht von der Herkunft abhängen und sich stattdessen am faktischen Lebensmittelpunkt orientieren. Wer an einem bestimmten Ort lebt, muss dort auch am Alltagsleben teilhaben können.

Berlin bietet für eine City ID fast ideale Bedingungen: Die Stadt ist durch Migration und Vielfalt geprägt, es gibt starke zivilgesellschaftliche Bündnisse, die die Idee unter-

stützen, und eine aufgeschlossene Verwaltung. Hinzu kommt die Aussicht auf rechtliche Umsetzbarkeit. Denn als Stadtstaat mit entsprechenden Landeskompetenzen verfügt Berlin über die nötigen Hebel, den Ausweis durch landeseigene Institutionen wie Schulen, Krankenhäuser, Landespolizei, Wohnungsgesellschaften und Nahverkehr anerkennen zu lassen. Damit die City ID nicht stigmatisiert, müsste sie von möglichst vielen Berliner*innen genutzt werden. Auch dazu gibt es schon Ideen: Knüpft man Ermäßigungen für Kinos, Museen und Ausstellungen an den Ausweis, wird er für ein breites Publikum attraktiv. Als Hürde bei der Einführung könnte sich der mittlerweile CDUgeführte Senat erweisen, der sich zuletzt vor allem mit Law-and-Order-Politiken zu profilieren versuchte. Aber auch Konservative haben wenig Argumente gegen die City ID.

Dass die City ID tatsächlich funktioniert, zeigt ein Blick nach New York City. Dort wurde 2015 der mittlerweile bekannteste Stadtausweis eingeführt: die IDNYC. Sie bietet neben einem praktischen Wohnorts- und Identitätsnachweis viele andere Vorteile. Sie gewährt vergünstigten Zugang zu Museen, ermäßigte Mitgliedschaften in Sportvereinen und Rabatte in bestimmten Apotheken. Zudem wird sie von den öffentlichen Bibliotheken anerkannt. Besonders in der LGBTQ-Community ist die Karte beliebt, da sie im Gegensatz zu anderen US-Ausweisen die freie Wahl der Genderbezeichnung ermöglicht. Dank strenger Standards bei der Prüfung von Identität und Wohnsitz wird die IDNYC von der New Yorker Polizei als Ausweis akzeptiert. Das bedeutet, dass sich Migrant*innen ohne regulären Aufenthaltsstatus bei Verkehrskontrollen oder bei der Polizei ausweisen können, ohne ihren Aufenthaltsstatus offenzulegen. Das fördert nicht nur das Vertrauen, sondern stärkt auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden.

In den USA gibt es zahlreiche weitere Städte, die die Idee einer City ID erfolgreich umsetzen, und auch in Europa findet das Konzept immer mehr Zuspruch. In der Schweiz etwa haben sich Zürich und Bern auf den Weg gemacht, eigene City IDs zu entwickeln. In Freiburg, Lausanne, St. Gallen, Luzern und Winterthur gibt es erste Bestrebungen. Gemeinsam ist diesen Städten, dass es dort starke und gut vernetzte soziale Bewegungen gibt, die die Initiative vorantreiben. In der Schweiz sind dies vor allem Gruppen um die Beratungsstellen für Sans Papiers, die sich seit vielen Jahren für die Rechte von Menschen ohne Papiere einsetzen. Sie setzen nicht nur auf eine breite Mobilisierung der Bevölkerung und die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen, sondern auch auf den Austausch mit den Stadtverwaltungen.

Ob Berlin den nächsten Schritt macht, wird sich schon bald zeigen. Zu wünschen wäre es der Stadt. Nicht zuletzt wäre die City ID auch ein starkes Signal im Kampf gegen die erstarkende Rechte. Denn das Konzept zeigt, wie innovativ eine progressive Stadtpolitik sein kann, wenn sie marginalisierte Gruppen in den Fokus rückt.

Maria Ebenhöf & Henrik Lebuhn

Die Tarot-Karten in dieser Ausgabe entstanden aus einer Kooperation zwischen der Gruppe Ciudad Migrante (migrantische Stadt) und der Künstlerin María Victoria Rodríguez García. Die Idee dazu wurde in einem Workshop entwickelt, in dem Migrant*innen von ihren Erfahrungen in Berlin berichteten. Ciudad Migrante entstand als Initiative des Bloque Latinoamericano Berlin (Lateinamerikanischer Block Berlin) im Jahr 2022. Ausgehend von den Problemen der lateinamerikanischen Community entwickelt die Gruppe neue Strategien der kollektiven Unterstützung, Selbstverwaltung und Proteste mit Blick auf die Berliner Wohnungskrise und den schwierigen Umgang mit Behörden. Die Arbeit von Ciudad Migrante brachte auch die politische Kampagne hervor: „Anmeldung für Alle!“

María Victoria Rodríguez García ist eine argentinische Künstlerin und Illustratorin. Ihre Zines und Comics wurden auf zahlreichen Festivals in Südamerika und Europa gezeigt. Ihre Illustrationen sind unter anderem im Freitag und im Missy Magazine erschienen. Sie lebt und arbeitet in Berlin.

Itziar Gastaminza Vacas

INSTAGRAM
@ciudad.migrante
@mvictoria.rodriguez

IMPRESSUM

REDAKTION

Hussam Albaba, Fabian Bennewitz, Emily Malin Bernhard, Maria Ebenhöf, Tobias Funke, Itziar Gastaminza Vacas, Leni Gibbels, Roian Anne Haußner, David Hinzmann, Clara Josepha Hoferichter, Ricarda Jass, Nicole Kauffmann, Philipp Kleimon, Johanna Klenke, Johanna Knote, Niklas Kohl, Alexa Krugel, Navid Krüger, Jana Lange, Henrik Lebuhn (v.i.S.d.P.), Max Propadalo, Patrick Alexander Steinberg MacDonald, Anna Westner

GRAFIKDESIGN

Maria Döring, Paula Kalinowski

ILLUSTRATIONEN

Pati Schwegler (@franz.von.firlefanaz)

SCHRIFTEN

ABC Dinamo

LEKTORAT

Anna Westner

KOLEKTORAT

Maria Ebenhöf, Johanna Knote, Navid Krüger und Henrik Lebuhn

BESONDERER DANK AN

alle unsere Interviewpartner*innen sowie ABC Dinamo, Talja Blokland, Nina Böcker, Zozan Bulut, Anaïs Cramer, Nick Dreher, Daniela Jahn, Stephan Kaufmann, Stefanie Kron, Myriel Milicevic, Johann Plank, Megan Saperstein, Julia Scheurer, Henrik Schultze, Susanne Stahl, Lars Wiesemann

FINANZIERUNG

Diese Publikation wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Urban Citizenship: Stadtbürgerschaft im lokalpolitischen Kontext“ vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. finanziell unterstützt.

V.i.S.d.P.

PD Dr. Henrik Lebuhn, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

